



«Von Machtkonzentration kann keine Rede sein»

Alles ändert sich an der Uni Bern, bald soll sie sogar klare Strukturen erhalten. Rektor Urs Würgler erklärt, wie das geht.

unikum: Durch das neue Universitätsgesetz in einigen Jahren könnte die Uni Bern grössere Autonomie erhalten. Weshalb ist diese wichtig?

Urs Würgler: Seit einiger Zeit ändern sich die Rahmenbedingungen im universitären Umfeld. Universitäten stehen vermehrt in einem nationalen und internationalen Wettbewerb um Forschungsgelder, Studierende und hochqualifizierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Die Gesellschaft verlangt zu Recht Kosteneffizienz und Transparenz auch im universitären Bereich. Die Bologna-Reform ist formal zwar eingeführt, wird uns aber inhaltlich noch längere Zeit stark beanspruchen. Ich möchte mithelfen, die Universität noch stärker zu machen, als sie dies jetzt schon ist. Um diesen Wettbewerb erfolgreich bestehen zu können, braucht sie mehr Autonomie im finanziellen, personalen und strategischen Bereich und es braucht auch Führungsstrukturen, die rasche Entscheide ermöglichen.

Wie steht es um die Mitbestimmung von Studierenden in diesem Szenario der «Machtkonzentration»?

Von Machtkonzentration kann keine Rede sein. Die Mitwirkung von Studierenden ist selbstverständlich wichtig, die Frage ist, auf welchem Niveau. Die SUB hat Mitwirkungsrechte auf Fakultäts- und Institutsebene, sie ist auch im Senat vertreten. Allerdings bin ich klar gegen eine Mitwirkung

der Studierenden auf Stufe Universitätsleitung oder gegebenenfalls Universitätsrat.

Gerade ging der Entwurf zur künftigen Strategie der Uni in die Vernehmlassung an alle Universitätsangehörigen. Wie soll sich die Uni künftig profilieren?

Eine unserer Stärken ist, dass wir eine Volluniversität mit einem breit gefächerten Angebot an Studiengängen sind. Das soll auch unbedingt so bleiben. Ein Grundanliegen der universitären Strategie muss es aber sein, Schwerpunkte zu setzen. Wo diese genau liegen sollen, ist noch nicht entschieden. Ich glaube, dass intellektuelle Spitzenleistungen auf allen Gebieten möglich sind, deshalb ist es nicht als disqualifizierend zu verstehen, wenn ein Bereich nicht zu einem Profilierungsschwerpunkt erkoren wird. Im Moment reden wir nur über ganz allgemeine Rahmenbedingungen. Deshalb hat es keinen Sinn, jetzt schon konkret über Inhalte zu sprechen; ausserdem läuft die Vernehmlassungsfrist erst in zwei Monaten ab, und künftige Schritte hängen von ihrem Ergebnis ab. Die Idee hinter dem Entwurf ist, dass es in Zukunft Leistungsvereinbarungen zwischen der Universitätsleitung und den Fakultäten geben soll, so wie auch zwischen Kanton und Universität. Diese wollen wir mit den Fakultäten zusammen festlegen.

Qualitätssicherung ist ein wichtiges Stichwort für Sie. Wie wollen Sie diese gewährleisten?

Qualitätssicherung betrifft fast alle Tätigkeitsbereiche der Universität. Wenn Sie von Qualitätssicherung

sprechen, meinen Sie wohl in erster Linie die Qualität des Studienangebots. Hier werden wir uns daran gewöhnen müssen, dass die Studiengänge die zentrale Grösse sein werden, nicht mehr unbedingt die Fächer. Fächer liefern ihren Beitrag zu einem Studiengang. Es wird weniger Studiengänge pro Fakultät geben als bisher Fächer, aber das Know-how von heute geht trotzdem nicht verloren, da es in Form von Modulen zum Studiengang beiträgt. Für die Betreuungsverhältnisse – vor allem in den kritischen Fächern wie den Wirtschaftswissenschaften und der Psychologie – haben wir in letzter Zeit einiges getan, mehr liegt momentan nicht drin.

Ein Brennpunkt sind die Medienwissenschaften. Es gibt eine Professur für 700 Studierende, deren Inhaber – Professor Blum – sagt, ihm fehlten Mittel. Vor kurzem sagte er deswegen zwei Seminare ab, Sie zwangen ihn aber zur Durchführung derselben.

Grundsätzlich ist die betroffene Fakultät für die Lehre verantwortlich, insbesondere liegt es auch nicht in der Kompetenz eines Dozenten, eine vom Studienplan vorgesehene Lehrveranstaltung einfach abzusagen. Die Medienwissenschaften sind in einer Restrukturierungsphase und ich gehe davon aus, dass Institut und Fakultät die Probleme, welche durch das Auslaufen des bestehenden Studienplans entstehen, einvernehmlich regeln werden.

Änderungen wird es bei der Allgemeinen Ökologie (AÖ) geben. Heute ist dieser Studiengang keiner Fakultät zugeordnet, was laut Allgemeinen Öko-

logen entscheidend ist für die Interdisziplinarität des Fachs. Sie wollen eine Angliederung der AÖ an eine Fakultät; die Fachschaft der AÖ hat eine Petition eingereicht, um das zu verhindern und Sie zur Schaffung eines interdisziplinären Zentrums für Nachhaltige Entwicklung zu veranlassen. Was sagen Sie zu der Situation?

Erst im Rahmen der Diskussion um die Leistungsvereinbarung werden wir solche Dinge entscheiden. Es ist aber völlig klar, dass die AÖ eine neue Struktur braucht, weil das Gebilde, dem sie heute angehört, die Konferenz Gesamtuniversitärer Einheiten, seit der Abwanderung der Sportwissenschaften letztes Jahr nur noch aus zwei Instituten besteht und so auf gesamtuniversitärer Ebene zuviel Gewicht erhält. Ausserdem wird die AÖ heute von einem universitätsfremden Forum überwacht, was aus unserer Sicht nicht systemkonform ist. Es wird kein Zentrum für Nachhaltige Entwicklung ausserhalb einer Fakultät geben. Wir haben heute schon ein Zentrum dieser Art, nämlich unseren Forschungsschwerpunkt Nord-Süd, und die AÖ ist auch nicht das einzige Institut, das sich mit Ökologie befasst. Eine Schwächung der Interdisziplinarität ist natürlich nicht beabsichtigt und folgt auch nicht aus einer Anbindung an eine Fakultät.

SARAH NOWOTNY
SARAH.NOWOTNY@UNIKUM.UNIBE.CH

Auf Wunsch von Rektor Würgler wurde der Wortlaut von Passagen des Interviews nachträglich verändert, daher rührt der «schriftliche» und allgemein gehaltene Tonfall.

Angst vor fakultären Fesseln

Die Allgemeinen Ökologen kämpfen gegen die potentielle «Übernahme» durch einzelne Forschungsrichtungen. Uni-Rektor Urs Würgler hat von der Fachschaft eine Petition mit stolzen 1 070 Unterschriften erhalten.

Es gibt an der Uni Bern Dinge, die Studierende auf die Barrikaden rufen. Seit 1988 kann man in Bern – egal, an welcher Fakultät man eingeschrieben ist – Allgemeine Ökologie (AÖ) im Nebenfach studieren, einen Studiengang, der Umweltprobleme ganzheitlich anpackt, also unter Einbeziehung naturwissenschaftlicher, gesellschaftlicher und weiterer Aspekte. Vor kurzem kam ein Bachelorstudiengang zustande. International hat sich die Uni Bern mit ihren Angeboten zur Nachhaltigen Entwicklung – ein zentrales Stichwort für Allgemeine Ökologen – einen Namen gemacht. Nun halten Vertretende der AÖ die für sie zentrale Interdisziplinarität für gefährdet. Innert sechs Wochen sammelte die Fachschaft 1 070 Unterschriften für eine Petition, die Anfang April Rektor Urs Würgler übergeben wurde. Darin wird die Unileitung aufgefordert, den Aufbau eines interdisziplinären Zentrums für Nachhaltige Entwicklung einzuleiten und die Qualität des Studiengangs AÖ zu erhalten. Die Nationalrätinnen Christa Markwalder (FDP) und Ursula Wyss (SP) – beide Absolventinnen der Allgemeinen Ökologie – betonten die Wichtigkeit des Studiengangs. Eher zurückhaltend nahm Rektor Würgler das Anliegen auf: Der Fortbestand der AÖ sei auf jeden Fall gesichert, aber Umstrukturierungen täten Not und er könne nicht sagen, in welche Richtung diese zielten.

Harzige Zusammenarbeit

Heute gehört die AÖ keiner Fakultät an, sondern ist – zusammen mit der universitären Weiterbildung – Teil der «Konferenz Gesamtuniversitärer Einheiten» (KGE). Auch die Sportwissenschaften waren bis letztes Jahr in der KGE integriert, wurden dann jedoch der neuen philosophisch-humanwissenschaftlichen Fakultät zugeordnet. Die Universitätsleitung will nun auch die verbleibenden Tei-

le der KGE an Fakultäten angliedern. «Wird die AÖ Teil einer Fakultät, müssten sich die Studiengänge dem fakultären Muster anpassen, und die Beiträge aus den Wissensgebieten dieser einer Fakultät erhielten ein grösseres Gewicht als andere», sagt die Professorin für Allgemeine Ökologie, Ruth Kaufmann-Hayoz. An einer «fremden» Fakultät seien Dozierende zudem isoliert, was die Arbeit unattraktiv mache. Auch von aussen sei ein Studiengang, der nur einer einzigen Fakultät angehört, weniger gut als interdisziplinär wahrnehmbar. Beispiele aus dem In- und Ausland zeigten ferner, dass Anbindungen an Fakultäten nie rein administrativ blieben. Die Studierenden der AÖ ziehen am gleichen Strick: «Heute können wir Veranstaltungen aus allen Fakultäten besuchen, sofern sie sich mit Nachhaltiger Entwicklung befassen», sagt Sybille Lustenberger, Mitglied der Fachschaft. Da schon die Zusammenarbeit zwischen Instituten derselben Fakultät oft harzig sei, befürchte man bei einer Angliederung Einschränkungen der Interdisziplinarität und erhöhte Schwierigkeiten für Studierende anderer Fakultäten, die sich für das Studium interessierten.

Position ohne Antwort

Im Sommer 2005 verfassten die Verantwortlichen der AÖ ein Positionspapier, in dem die Schaffung eines interdisziplinären Zentrums für Nachhaltige Entwicklung, dem die AÖ angehören würde, als die beste Lösung beschrieben wird. «Zusätzliche Kosten entstünden dadurch kaum, denn es ginge ja nur um eine Umlagerung vorhandener Mittel», so Kaufmann-Hayoz. Die Universitätsleitung habe sich bis jetzt aber nicht auf eine Diskussion des Positionspapiers eingelassen, auch im Entwurf zur neuen strategischen Planung der Uni werde die Zukunft der AÖ nicht erwähnt. «Angedeutet wurde, dass im Zuge der anstehenden Revision des Uni-



IKAÖ, Schanzeneckstrasse 1

gesetzes über die Zukunft der AÖ entschieden würde.» Sollte die Anbindung an eine Fakultät nicht abzuwenden sein, will Kaufmann-Hayoz versuchen «nicht anders als heute zu arbeiten» und hoffen, dass nicht allzu viele Hindernisse entstünden.

SARAH NOWOTNY

SARAH.NOWOTNY@UNIKUM.UNIBE.CH

Kommentar

Von der Macht unter der Kuppel

Geld und Macht: Diese Aspekte sind es, die auf verschiedenen Ebenen der Uni zu Grabenkämpfen führen. Konflikte, welche letztlich die Studierenden zu spüren bekommen – sei es wegen abgesagter Veranstaltungen oder übervoller Seminare. Die Machtgerangel zwischen Unileitung und IKAÖ (Interfakultäre Koordinationsstelle für Allgemeine Ökologie) oder ikmb (Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft) sind nur zwei Beispiele. Auch innerhalb der Institute werden die Ellenbogen ausgefahren: Das wird am Beispiel des Geographischen Instituts sichtbar, wo Personalengpässe zum Leistungsabbau geführt haben.

Wo das Geld knapp ist – und das ist es offenbar überall, wo staatliche Bildung stattfindet – wird die Macht über den Rotstift zum entscheidenden Faktor. Und wer an der Verteilerzentrale schaltet und über die Vergabe der knappen Mittel bestimmt, kann auch behaupten, was er will. Zum Beispiel, ob das Geld für die Durchführung von Veranstaltungen ausreicht oder nicht. So geschehen am ikmb: Hier war das Augenmass der Unileitung das Mass aller Dinge.

A propos Macht: Auch wenn der Rektor sich nicht dreinreden lassen will: Er kann nicht ignorieren, dass rund 1 100 Studierende ihre Unterschrift auf Petitionsbogen gesetzt haben, weil sie sich um die Zukunft der IKAÖ sorgen. Falls er die Menschen an der Uni ernst nimmt, wird Urs Würgler nicht darum herum kommen, verschiedene Seiten, auch die Studierenden, in den Gestaltungsprozess einzubeziehen.

Die Unileitung wird sich mit dem Gedanken anfreunden müssen, dass die Studierenden nicht a priori «eher ruhig» (Vize rektor Gunter Stephan, **unikum** 119) sind und sich wehren werden, falls «die Kuppel» – gleich darunter wird regiert – eigenmächtig und über die Köpfe von Studierenden und Fakultäten hinweg bestimmt, wie der Hase hoppelt.

MICHAEL FELLER

MICHAEL.FELLER@UNIKUM.UNIBE.CH